

II-1977 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

GZ. 10.000/58-Parl/80

Wien, am 27. Jänner 1981

An die
Parlamentsdirektion

909/AB

Parlament
1017 WIEN

1981 -02- 13
zu 908 U

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 908/J-NR/80, betreffend Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen - Wien-Aktion 1980/81 die die Abgeordneten Dr. Jörg HAIDER und Genossen am 15. Dezember 1980 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Für das Schuljahr 1980/81 war die Frist innerhalb derer die Voranmeldungen zur Teilnahme an der Aktion "Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen", im Bundesministerium für Unterricht und Kunst einzubringen waren, für den Zeitraum 1. bis 30. April 1980 festgesetzt.

Diese Frist wurde im Wege der Landesschulbehörden allen österreichischen Schulen bekanntgegeben. Darüber hinaus wurde bis 20. März 1980 allen Schulen deren Voranmeldung vor Anlaufen der Frist im Bundesministerium für Unterricht und Kunst einlangte, mitgeteilt, daß die jeweilige Anmeldung fristgerecht zu wiederholen wäre.

Diese Maßnahme erschien notwendig, um nicht fristgerecht einlangende Anmeldungen abschlägig beantworten zu müssen.

Die Behandlung der Ansuchen erfolgte dann so, daß seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst sämtliche fristgerecht eingegangenen Ansuchen positiv beantwortet werden. Es sind dies Anmeldungen für 1650 Klassen mit 47 024 Teilnehmern.

Da die Wien-Aktion eine theoretische Jahreskapazität von etwa 50 000 Teilnehmern hat, erscheint es nicht vertretbar, mehr Anmeldungen entgegenzunehmen, da sonst die Gefahr bestünde, bereits gemachte Zusagen rückgängig machen zu müssen.

- 2 -

Da, wie somit ausgeführt, durch die in offener Frist eingegangenen Meldungen, die Einteilungsmöglichkeiten erschöpft waren, mußten sowohl alle Ansuchen, die nach Ablauf der Frist eingegangen sind, als auch jene, die unmittelbar vor Anlaufen der Frist eingingen, abschlägig beantwortet werden.

In beiden Fällen erfolgt die Ablehnung im Monat Mai, somit nach Ende der Anmeldefrist.

Die in den Ablehnungsschreiben angeführten Begründungen, heben einander *n i c h t* auf, da sie nach Vorliegen der in offener Frist eingegangenen Anmeldungen gegeben wurden.

Würde die mögliche Jahreskapazität durch die fristgerechten Anmeldungen nicht ausgeschöpft worden sein, wären die am 31.3., 28.3., 27.3. usw. eingegangenen Anmeldungen, nach Maßgabe der Möglichkeiten berücksichtigt worden.

Es wird darauf hingewiesen, daß alle Schulen, die sich nach Ablehnung ihres Ansuchens neuerlich an das Bundesministerium für Unterricht und Kunst gewendet haben auf eine Warteliste gesetzt wurden, und für den Fall des Freiwerdens von Terminen, durch eventuelle Rücktritte berücksichtigt werden. Hievon werden die jeweiligen Einschreiter jeweils unmittelbar schriftlich in Kenntnis gesetzt.

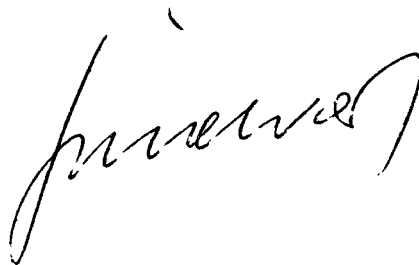
Zum Punkt 1 der Anfrage darf mitgeteilt werden, daß für das Schuljahr 1981/82 die Anmeldefrist verlängert wurde. Sie wurde für den Zeitraum 1. März bis 30. April 1981 festgesetzt. Eine echte Sanierung des Problems wäre allerdings nur durch eine Ausweitung der Kapazität der "Wien-Aktion" um etwa 50% zu erreichen, was erhebliche Auswirkungen auf Personal - und Sachaufwand hätte.

Zum Punkt 2 der Anfrage wird mitgeteilt, daß es Schulen gibt, deren Anmeldungen außerhalb der Anmeldefrist eingelangten und die dennoch zwischen dem 8. September 1980 und den 11. Juli 1981

- 4 -

Zu Punkt 3 der Anfrage wird mitgeteilt, daß am 31. März 1980 Ansuchen für insgesamt 77 Klassen mit 2310 Teilnehmern eingelangt sind.

Am 1. April 1980 sind Ansuchen für 37 Klassen mit 1040 Teilnehmern im Bundesministerium für Unterricht und Kunst eingegangen.

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to a government official, positioned below the text of the second paragraph.